

revendique la propriété d'une chose, reconnaît par là même que cette chose se trouve en la possession de la masse ; autrement, sa revendication n'aurait pas de raison d'être, car, tandis qu'en matière de poursuite par voie de saisie l'on conçoit la nécessité d'une revendication pour dégager des effets de la saisie les objets sur lesquels porte cette dernière et dont un tiers se prétend propriétaire, en matière de faillite la revendication n'a d'autre but, ainsi que cela découle des art. 232 al. 2 chiff. 2 et 242 al. 1 LP (voir le texte allemand et le texte italien de ces articles, ainsi que l'arrêt du Tribunal fédéral, Chambre des Poursuites et des Faillites, du 22 novembre 1902, en la cause Spar-und Leihkasse Entlebuch und Genossen gegen die Konkursverwaltung Otto Felder, RO édit. sp<sup>le</sup> vol. 5 n° 61 consid. 1 et 3 p. 236 et suiv.\*), que d'obtenir de la masse la *restitution* des choses qui se trouvent en sa possession et dont le tiers revendiquant se prétend propriétaire.

Des considérations ci-dessus, il ressort déjà que, au regard de l'art. 242 LP, la décision de l'office des faillites du district d'Entremont du 20 novembre 1905 était parfaitement régulière et que, par conséquent, le recours doit être écarté comme mal fondé.

III. Il est d'ailleurs à remarquer que la recourante n'a rien allégué qui soit de nature à renverser la présomption qui découle ainsi qu'on vient de le dire, de sa revendication envers la masse, ou encore à faire apparaître comme erronée cette appréciation de l'Autorité cantonale, qu'au moment de l'ouverture de la faillite les immeubles dont s'agit se trouvaient incontestablement en la possession du failli. La circonstance que ces immeubles étaient inscrits au Registre de l'impôt au nom de la recourante, peut sans doute constituer en faveur de cette dernière une présomption de propriété, mais ne peut servir à établir en la possession ou en la détention matérielle de qui ces immeubles se trouvaient. Le Tribunal fédéral, en effet, a admis à maintes reprises déjà

\* Ed. gén. 28 I N° 92 p. 386 et suiv. (Anm. d. Red. f. Publ.)

(voir en particulier l'arrêt du 15 mars 1904 en la cause Société des usines électriques de la Lonza, RO éd. sp<sup>le</sup> vol. 7 n° 19 consid. 2 p. 77\*) que même l'inscription d'immeubles dans les registres fonciers au nom du tiers revendiquant ne peut être considérée comme la preuve du fait que ces immeubles étaient bien en la possession de ce tiers. A fortiori doit-il en être ainsi de l'inscription dans un simple registre d'impôt.

Par ces motifs,

La Chambre des Poursuites et des Faillites  
prononce :

Le recours est écarté.

### 32. **Entscheid vom 27. März 1906** in Sachen **Schmidt-Maier.**

**Pfändung ; Unpfändbarkeit einer Nähmaschine.** Anwendbarkeit von Ziff. 2 und 3 des Art. 92 SchKG. Die Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse ist nicht Sache der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer.

I. Am 9. Februar 1906 ließ der Reurrent Schmidt bei seinem Schuldner Josef Müller durch das Betreibungsamt Baselstadt unter anderm eine Nähmaschine im Schätzungswerte von 40 Fr. in Pfändung nehmen. In der Pfändungsurkunde wird erklärt, daß der Lohn des Schuldners unpfändbar sei. Der Betriebene beschwerte sich mit dem Antrag, die gepfändete Maschine als Kompetenzstück freizugeben, und indem er geltend machte : Seine Ehefrau brauche sie, um für die Familienglieder — es sind sechs Kinder im Alter von 3—15 Jahren da — Kleider und Wäsche anzufertigen und auszubessern ; das auswärtig besorgen zu lassen, sei der Beschwerdeführer nicht in der Lage.

Das Betreibungsamt erklärte, daß es die Maschine in Hinsicht auf die bisherige Praxis und speziell den Bundesgerichtsentscheid

\* Ed. gén. 30 I N° 38 p. 224 et suiv. (Anm. d. Red. f. Publ.)

in Sachen Karrer (Archiv Bd. V Nr. 114) gepfändet habe, wonach die Nähmaschine nur dann Kompetenzstück sei, wenn die betreffende Hausfrau sich regelmäßig mit Näharbeiten für Dritte beschäftige, was hier nicht zutreffe. Die fragliche Praxis führe freilich öfters zu Härten.

II. Mit Entscheid vom 24. Februar 1906 hieß die kantonale Aufsichtsbehörde die Beschwerde gut, von der Erwägung ausgehend, daß eine Nähmaschine für eine Familie von dieser Größe, in welcher die Hausfrau die Kleider selbst anfertige, nach heutigen Bedürfnissen und Verhältnissen als ein notwendiges Haushaltungsstück erscheine.

III. Mit seinem nunmehrigen, rechtzeitigen Rekurse gegen diesen Entscheid beantragt der Gläubiger Schmidt die streitige Maschine in der Pfändung zu belassen.

Die kantonale Aufsichtsbehörde läßt sich im Sinne der Abweisung des Rekurses vernehmen.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung:

1. Dem Rekurrenten ist zuzugeben, daß die bisherige Praxis bei der Frage, ob und inwiefern eine Nähmaschine Kompetenzstück sein könne, im wesentlichen darauf abgestellt hat, ob sie sich als Berufswerkzeug nach Ziff. 3 des Art. 92 SchRG darstelle, wobei diese Voraussetzung jeweilen dann als gegeben angesehen worden ist, wenn die betreffende Maschine regelmäßig zu Näharbeiten für Dritte Verwendung fand (so Archiv, Bd. V Nr. 114 und US Separatausgabe 5 Nr. 22\*).

Indessen hat die Praxis aus dieser Auffassung niemals ausdrücklich die Konsequenz gezogen, daß die Unpfändbarkeit einer Nähmaschine schlechthin auf keine andere als die Ziff. 3 des Art. 92 sich stützen lasse. Vielmehr gründet sich der zweite der genannten Entscheide (Separatausgabe 5 Nr. 22, in Sachen Hüppi) beinebens auf die Erwägung, daß die dort streitige Maschine der betriebenen Schuldnerin, die für Bekleidung einer zahlreichen Familie zu sorgen habe, im Haushalte die größten, wohl kaum zu vermissenden Dienste leiste. Damit wird also die Frage, die

nunmehr zur Beurteilung steht, ob nämlich eine Nähmaschine unter Umständen auch zu den „notwendigen Hausgeräten“ der Ziff. 2 des Art. 92 gehören und aus diesem Grunde Kompetenzstück sein könne, noch offen gelassen.

In Übereinstimmung mit der Vorinstanz muß diese Frage bejaht werden: Zunächst ist es sprachlich nicht ausgeschlossen, die Nähmaschine als „Hausgeräte“ (« ustensile de ménage », « utensile di casa ») zu bezeichnen, insoweit sie in der Familie des Schuldners dazu gebraucht wird, für die Familienangehörigen Kleidungsstücke, Wäsche zc. herzustellen oder auszubessern. Insoweit dient sie als Hilfsmittel dazu, Lebensbedürfnisse der schuldenrischen Familie durch häusliche Arbeit zu befriedigen, und kommt ihr der Name eines Hausgerätes so gut zu, wie irgend einem sonstigen in der Haushaltung verwendeten Gegenstande, der bei der Befriedigung anderer Lebensbedürfnisse (Ernährung der Familie, Erwärmung oder Reinigung ihrer Wohnung zc.) benützt wird. Auch an einem sachlichen Grunde fehlt es, der auf die Absicht des Gesetzgebers schließen ließe und sie zu rechtfertigen vermöchte, die Nähmaschine nicht als Hausgeräte im Sinne der Ziff. 2 gelten zu lassen.

Aber auch der Meinung kann das Gesetz nicht sein, daß die Nähmaschine niemals zu den „notwendigsten“ Hausgeräten nach Ziff. 2 gehöre. Denn einmal betrifft die Sorge für Kleidung und Wäsche ein dringendes, mit dem Lebensunterhalt notwendig verknüpftes Bedürfnis; und sodann können die Verhältnisse beim Schuldner so liegen, daß er und die Seinigen, sollen sie nicht am Unentbehrlichsten Mangel leiden, darauf angewiesen sind, diesem Bedürfnisse in der angegebenen Weise durch Verwendung einer Nähmaschine in der Haushaltung zu genügen. In der Regel wird man es dann mit Fällen dieser Art zu tun haben, wenn die schuldenrische Familie zahlreich und das schuldenrische Einkommen so klein ist, daß es zur Bestreitung der Auslagen nicht hinreicht, die neu entstehen würden, wenn die Familie infolge Entzuges der Nähmaschine genötigt wäre, die erforderlichen Kleidungs- und Wäschestücke entgeltlich zu erwerben oder sich mit größerem Zeitaufwande zu verschaffen.

Ob im einzelnen Falle eine Nähmaschine den „notwendigsten“

\* Ges.-Ausg. 28 I Nr. 43 S. 189 f.

(Anm. d. Red. f. Publ.)

Hausgeräten im Sinne des Gesetzes beizuzählen sei, hängt in erster Linie von den gegebenen tatsächlichen Verhältnissen ab. Die Würdigung dieser Verhältnisse aber ist Sache der kantonalen Aufsichtsbehörden und nicht des Bundesgerichtes. Dieses kann ihren Entscheid nur abändern, wenn er, sei es zu Ungunsten des Schuldners sei es zu Ungunsten des Gläubigers, den gesetzlichen Begriff des „notwendigsten“ in Ziff. 2 des Art. 92 mißachtet hat (vergl. US Separatausgabe 7 Nr. 40\*). Davon läßt sich aber hier nicht sprechen auf Grundlage des vorinstanzlich festgestellten Tatbestandes, wonach die streitige Maschine in einer Familie von acht Köpfen für Nahrungsmittel Verwendung findet, und angesichts der weitem aktenmäßig feststehenden Tatsache, daß der Lohn des Schuldners das unpfändbare Minimum nicht überschreitet. Jener Tatbestand ist in keinem Punkte aktenwidrig und wird deshalb zu Unrecht vom Rekurrenten vor Bundesgericht als unrichtig in Frage gezogen.

2. Die Unpfändbarkeit der fraglichen Maschine läßt sich ferner aus Ziff. 3 des Art. 92 SchRG herleiten. Allerdings mag ordentlicherweise die Ausübung eines „Berufes“, streng sprachlich genommen, nur dann vorliegen, wenn die Berufstätigkeit in der Form eines Austausches von Vermögenswerten mit Dritten erfolgt, wenn sie Dritten zu Gute kommt, um dem Schuldner dafür ein Entgelt zu verschaffen. Dagegen läßt sich nicht annehmen, daß das Bundesgesetz in Ziff. 3 cit. dieses Merkmal habe als unumgänglich ansehen wollen, so daß die Unpfändbarkeit bei dessen Fehlen ohne weiteres ausgeschlossen wäre. Vielmehr ist davon auszugehen, daß ein Beruf im Sinne der Ziff. 3 auch dann vorliegt, wenn der Schuldner bezw. ein Angehöriger von ihm die betreffenden „Werkzeuge, Gerätschaften u.“ lediglich zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Familie verwendet, wie es z. B. der Fall ist bei einem landwirtschaftlichen Betriebe, in welchem sämtliche Produkte, die mit Hilfe des betreffenden Werkzeuges erzielt werden, zur Befriedigung des Bedarfes der Familie des Betriebsinhabers benötigt sind. Demzufolge muß man der fraglichen Nähmaschine, gestützt auf Ziff. 3 cit. Kompetenzqualität zu-

\* Ges.-Ausg. 30 I Nr. 76 S. 451 ff.

(Anm. d. Red. f. Publ.)

erkennen, da sie die Natur eines „Werkzeuges“ und zwar eines „notwendigen“ Werkzeuges im Sinne dieser Bestimmung hat, welches letzteres sich aus den vorangegangenen Ausführungen schon ergibt.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer  
erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.

### 33. Sentenza del 27 marzo 1906 nella causa Fiechter.

**Pignoramento**; esecuzione diretta contro una società in accomandita. Esistenza della società, art. 597 CO. **Rivendicazione** da parte dei soci illimitatamente responsabili dei beni mobili stag giti che si trovano nel possesso dei rivendicanti. Applicabilità dell' art. 109, non dell' art. 107 LEF.

La Ditta E. Fiechter, di Basilea, promuoveva contro la Ditta Reichen-Rusca e C<sup>i</sup>, in Chiasso, esecuzione per una somma di 440 fr. Secondo le ammissioni concordi delle parti, la Ditta Reichen-Rusca e C<sup>i</sup> è una società in accomandita, che non fu mai iscritta al Registro di commercio e che, a quanto pare, non ha mai funzionato come tale.

Il 5 ottobre 1905, l'Ufficio di Mendrisio, su istanza del creditore, procedeva al pignoramento di diversi beni mobili, che furono rivendicati dai fratelli Francesco ed Augusto Rusca, soci illimitatamente responsabili della Ditta Reichen-Rusca e C<sup>i</sup>.

La rivendicazione essendo stata contestata dal creditore procedente, l'Ufficio assegnò ai rivendicanti fratelli Rusca, conformemente all' art. 107, un termine di 10 giorni per far valere le loro ragioni. Su ricorso Rusca, questo provvedimento veniva annullato dalle Autorità cantonali di vigilanza, pel motivo che i beni staggiti si trovavano incontestabilmente in possesso dei rivendicanti e che di conseguenza l'Ufficio avrebbe dovuto applicare l'art. 109, non l'art. 107 della Legge federale.